Deutscher Bundestag **Drucksache 16/7335**
16. Wahlperiode 27. 11. 2007

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Gesine Lötzsch, Dr. Dietmar Bartsch, Roland Claus, Michael Leutert, Karin Binder, Heidrun Bluhm, Eva Bulling-Schröter, Lutz Heilmann, Hans-Kurt Hill, Katrin Kunert, Dorothee Menzner, Dr. Ilja Seifert, Dr. Kirsten Tackmann, Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und der Fraktion DIE LINKE.

zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung – Drucksachen 16/6000, 16/6002, 16/6424, 16/6425 –

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

- Der Haushaltsentwurf der Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD folgt dem Prinzip der Umverteilung von unten nach oben. Fehlende Einnahmen werden bei den Leistungen für sozial Benachteiligte eingespart. Notwendig ist jedoch eine stärkere Beteiligung der wirtschaftlich Leistungsfähigen an den Kosten des Gemeinwesens.
- Im Haushaltsentwurf fehlt ein Programm zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Stattdessen werden Instrumente fortgeschrieben, die sich bereits seit vielen Jahren als untauglich erwiesen haben. Die Mehrwertsteuererhöhung bremst die Konjunktur ab.
- Im Haushaltsentwurf fehlen Ansätze, die dem Auseinanderdriften der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Ost- und Westdeutschland entgegenwirken.

II. Der Deutsche Bundestag beschließt:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- ein „Zukunftsprogramm Jugend und Innovation“ aufzulegen;
- Hartz IV insbesondere durch die Förderung und Schaffung neuer Arbeitsplätze zu überwinden;
- die Rüstungsausgaben, insbesondere die Ausgaben für Auslandseinsätze der Bundeswehr, im Vergleich zum Haushaltsentwurf der Bundesregierung zu senken.

Zukunftsprogramm Jugend und Innovation

3,0 Mrd. Euro	für eine kommunale Investitionspauschale,
2,0 Mrd. Euro	zum Ausbau der Kinderbetreuung,
2,0 Mrd. Euro	für einen attraktiven ÖPNV (ÖPNV = öffentlicher Personennahverkehr), der auch Gleichstellung sichert (Frauen nutzen den ÖPNV überdurchschnittlich),
1,32 Mrd. Euro	für einen Energiesparfonds und erhöhte Förderung erneuerbarer Energien, unter anderem durch einen Wettbewerb „Energiewende in den Kommunen“,
600 Mio. Euro	für Konversionsmaßnahmen,
500 Mio. Euro	für Förderung der Hochschulmedizin,
367 Mio. Euro	für Erhöhung des BAföG,
100 Mio. Euro	für die Gemeinschaftsaufgaben zur Verbesserung der regionalen Infrastruktur und Agrarstruktur in strukturschwacher Gebiete in den neuen und alten Bundesländern und gleicher Teilhabe von Frauen und Männern an Arbeit sowie gleichberechtigter Förderung von Genossenschaften,
53 Mio. Euro	für die Aufstockung der Förderung der Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern,
44 Mio. Euro	für Förderprogramme im Ausbildungsbereich für benachteiligte Jugendliche,
25 Mio. Euro	für Weiterbildung und Lebenslanges Lernen,
20 Mio. Euro	für die Fortsetzung des Stadtumbaus Ost und Nutzung der Erfahrungen in den alten Ländern,
18 Mio. Euro	für Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze in den neuen Ländern,
8 Mio. Euro	für die Errichtung von Sportstätten für den Breitensport „Goldener Plan Ost“ (unter ausgewogener Berücksichtigung von Frauensportarten) und Ausdehnung des Programms auf alle Bundesländer,
5 Mio. Euro	für die Verkürzung der Dauer der Patentbearbeitung,
2,5 Mio. Euro	für die Aufstockung der Förderung des Absatzes ostdeutscher Produkte von kleinen und mittleren Unternehmen,
0,6 Mio. Euro	Investitionen der Stiftung für das sorbische Volk.

Hartz IV überwinden

Neben der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze durch das Zukunftsprogramm Jugend und Innovation sowie der Schaffung von zusätzlich 150 000 öffentlich geförderten Beschäftigungsverhältnissen sind erforderlich:

7,0 Mrd. Euro	zur Erhöhung der Regelsätze der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) und im Alter auf 435 Euro pro Monat,
3,5 Mrd. Euro	Kinderzuschlag,
2,5 Mrd. Euro	zur Verlängerung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I (Finanzierung aus den Überschüssen der Bundesagentur für Arbeit),
400 Mio. Euro	zur höheren Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft.

Gerechtes Elterngeld auch für Menschen mit geringen Einkommen

2,5 Mrd. Euro	zur Aufstockung des Mindestelterngeldes und Verlängerung der Bezugsdauer (auf bis zu 24 Monate).

Gesundheitsreform

2,5 Mrd. Euro	für die Beseitigung des Investitionsstaus bei den Krankenhäusern,
1,7 Mrd. Euro	für versicherungsfremde Leistungen der gesetzlichen Krankenkassen,
1,0 Mrd. Euro	für Prävention und Gesundheitsförderung.

Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus

29 Mio. Euro	insbesondere zur Finanzierung der wegen fehlender Mittel abgelehnten Modellprojekte.

Finanzierung

25 Mrd. Euro	durch Erhöhung des Spitzensteuersatzes, die Besteuerung von Veräußerungsgewinnen und die Wiedereinführung der Börsenumsatzsteuer,
3,2 Mrd. Euro	durch Einführung einer Sondersteuer zur Abschöpfung der leistungslos erzielten Gewinne der Stromversorger aus dem Emissionshandel,
2,6 Mrd. Euro	durch die Beendigung von Auslandseinsätzen, den Verzicht auf Offensivmittel wie Eurofighter, Tornado und Airbus 400 Transporter sowie weiterer Einsparungen im Verteidigungsetat,
2,5 Mrd. Euro	durch den Abschluss des Schiedsgerichtsverfahrens wegen der Verzögerung bei der Einführung und der anfänglichen Mängel beim Aufbau des Lkw-Mautsystems,
1 Mrd. Euro	durch Ausbau der Steuerfahndung bei Großunternehmen und Banken sowie Einkunftsmillionären,
100 Mio. Euro	durch Streichung von Vorhaben zum Neubau von Autobahnen,
10 Mio. Euro	durch den Verzicht auf die Schaltung von Anzeigen im Gegenzug für regierungsfreundliche Berichterstattung sowie in Mitgliederzeitungen von Parteien,
5 Mio. Euro	durch Verzicht auf den Neubau des Bundesministeriums des Innern in Berlin.

Angegeben ist jeweils der Änderungsbetrag im Vergleich zum Regierungsentwurf unter Berücksichtigung der Beratungsergebnisse im Haushaltsausschuss.

Berlin, den 27. November 2007

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333